

Rente & Demographie

Auf den Punkt Nr. 01 Januar 2019 Michael Eilfort



Ihre Rente ist sicher

Ihre Generation sieht alt aus



Die alternde Republik

Noch profitiert Deutschland – ganz besonders die Staatskasse – davon, dass die geburtenstarken Jahrgänge sich auf dem Höhepunkt ihres beruflichen Schaffens bzw. von Steuer- und Sozialversicherungsbeitragszahlungen befinden. Dies ändert sich spürbarer schon ab 2020. Zwischen 2025 und 2030, wenn die sogenannten „Baby-Boomer“ in Rente gehen, steigt der Altenquotient, das heißt die Anzahl der über 65-Jährigen auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64, stärker als in fast jedem anderen Land der Welt – die Bundesrepublik altert dramatisch.

Dieser demographische Wandel resultiert aus einer positiven (steigende Lebenserwartung) und einer kritischen Entwicklung (seit Jahrzehnten niedrige Geburtenraten), begleitet von einer langjährigen politischen Ignoranz. Er wird das Land vor große Herausforderungen stellen: Weniger

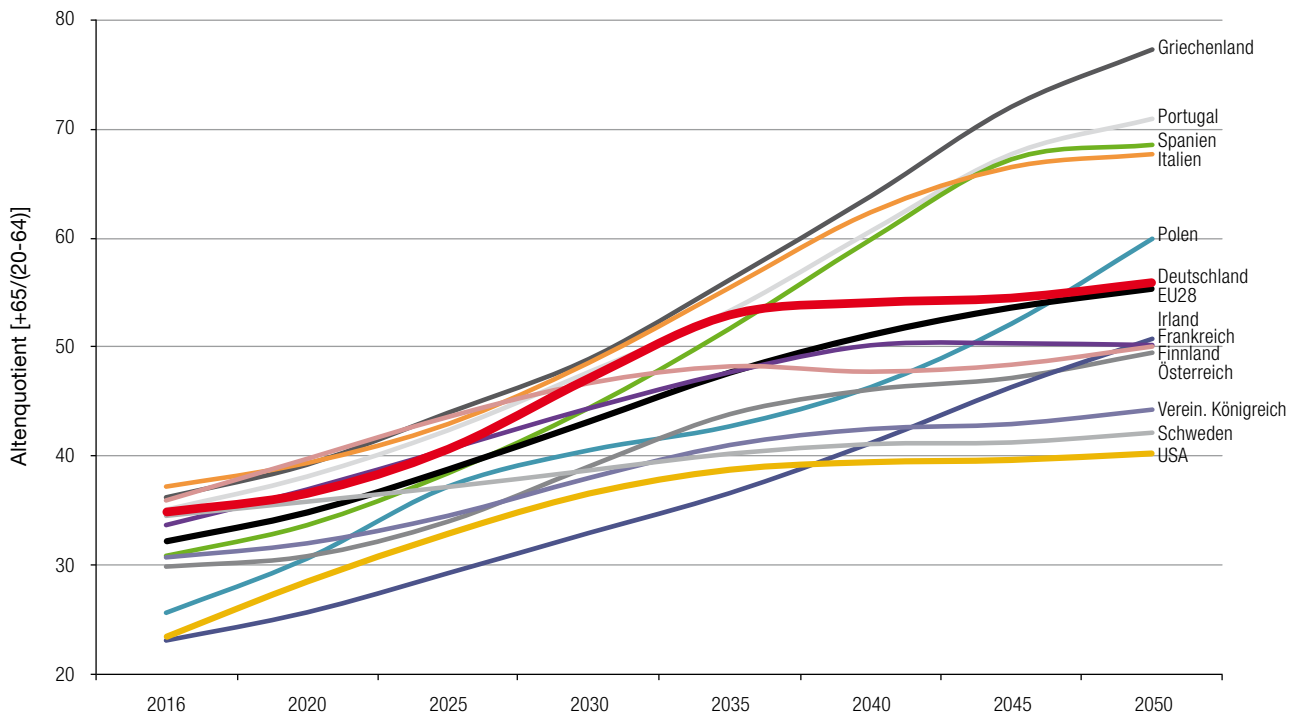
Wirtschaftswachstum und damit weniger Steuereinnahmen auf der einen Seite – schon heute fehlen qualifizierte Arbeitskräfte an allen Ecken und Enden. Die erwerbsfähige Bevölkerung zwischen 20 und 64 nimmt – ohne Zuwanderung – Jahr für Jahr um über 300.000 Menschen, ab 2021 um über 400.000 Personen ab. Auf der anderen Seite kommen gleichzeitig höhere Kosten auf die Sozialsysteme zu, vor allem bei Rente (2019 werden schon fehlende 98 Milliarden aus dem Bundeshaushalt quersubventioniert, dies macht dort einen Anteil von 27,5 Prozent aus), Gesundheit und Pflege.

Überraschend kommt das nicht: Kaum eine krisenhafte Zuspitzung war schon so lange und so präzise absehbar wie der demographische Wandel und die damit verbundenen Folgen für öffentliche Haushalte und Sozialversicherungen.

Veränderung des Altenquotienten im internationalen Vergleich 2016–2050

Anzahl der über 65-Jährigen auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64

Quellen: Europäische Kommission (2018), The 2018 Ageing Report: Economic and Budgetary Projections for the 28 EU Member States (2016-2070), European Economy, Institutional Paper 079. USA: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017), World Population Prospects: The 2017 Revision.



Mehrheit der Wähler bald über 55: Weckruf an die Jüngeren?

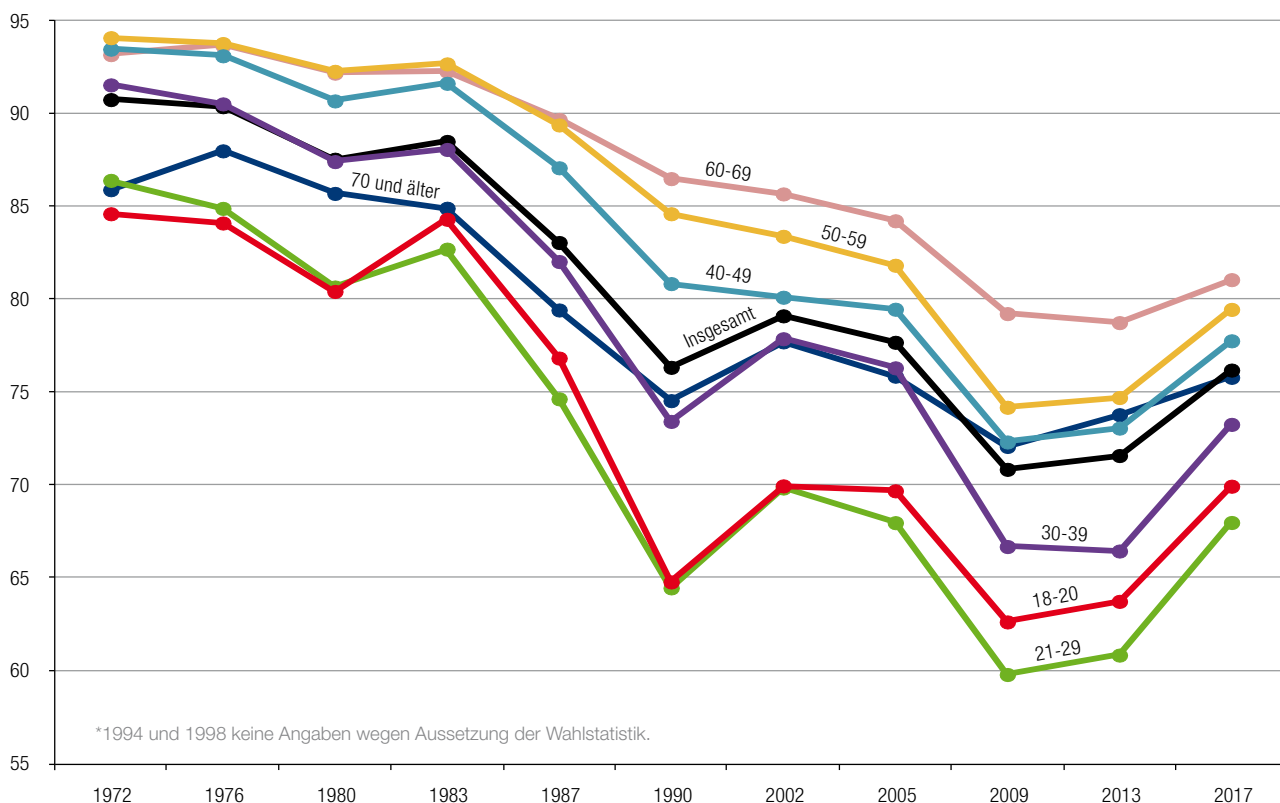
Einige Bundesregierungen haben auf die kommenden Veränderungen klug reagiert: Helmut Kohl sorgte 1997 für den „Demographiefaktor“ in der Rente, Gerhard Schröder verstärkte am Ende diese Korrektur massiv und „riesterte“ zudem 2001. Angela Merkel und Franz Müntefering entschieden 2008, bis 2030 die Rente mit 67 einzuführen. Die Antworten der letzten und der aktuellen Großen Koalition dagegen, in verführerisch guten Zeiten, sind im Hinblick auf fiskalische Nachhaltigkeit an Sorglosigkeit kaum zu überbieten. Kurzfristig aber waren die Rentenpakete 2014 und 2018 gefällig und in Umfragen sowie 2013 an den Wählern so erfolgreich, dass im Deutschen Bundestag 2019 fast jede Partei bzw. Fraktion über weitere Rentenverheißungen nachdenkt.

In einem alternden Land ist die Rente, die ja kein Geschenk sein, sondern Lebensleistung widerspiegeln soll, verständlicherweise für besonders viele Menschen ein wichtiges

Thema. Dazu kommt: Die Neigung zur Wahlbeteiligung steigt in Deutschland mit dem Alter. Traditionell sind die 60- bis 70-Jährigen die eifrigsten, die 18- bis 30-Jährigen die faulsten Wähler. Beides zusammen führt dazu, dass schon bei der Bundestagswahl 2017 die Mehrheit der Wähler (noch nicht der Wahlberechtigten!) fast 54 Jahre oder älter war und 2021 über 55 sein dürfte: Ein Alter, ab dem bei sehr vielen Dynamik, Innovation und Chancen weniger Zustimmung auslösen als Sicherheit, Besitzstandswahrung und eben – Rente. Entsprechend groß ist die Versuchung für die Politik, dies zu bedienen. Seit mehr als zehn Jahren wirbt die Stiftung Marktwirtschaft im Sinne der Zukunft des Standorts und der Generationengerechtigkeit für mehr Wahlengagement Jüngerer. Ein erster Erfolg wurde 2017 erzielt, die Beteiligung der jungen Wähler stieg besonders stark. Reichen wird das jedoch nicht. Mehr Einmischen der Jüngeren ist gefragt – nicht nur an den Wählern.

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen in Prozent der Wahlberechtigten, Bundestagswahlen seit 1972*

Quellen: Eilfort, Michael (1994), Die Nichtwähler, Paderborn; Der Bundeswahlleiter (2018), Ergebnisse früherer Bundestagswahlen, Stand: 8. November 2018; Der Bundeswahlleiter (2018), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen; eigene Berechnungen.



Das Rentenpaket 2014: Gewinner Ü 55, Verlierer U 50

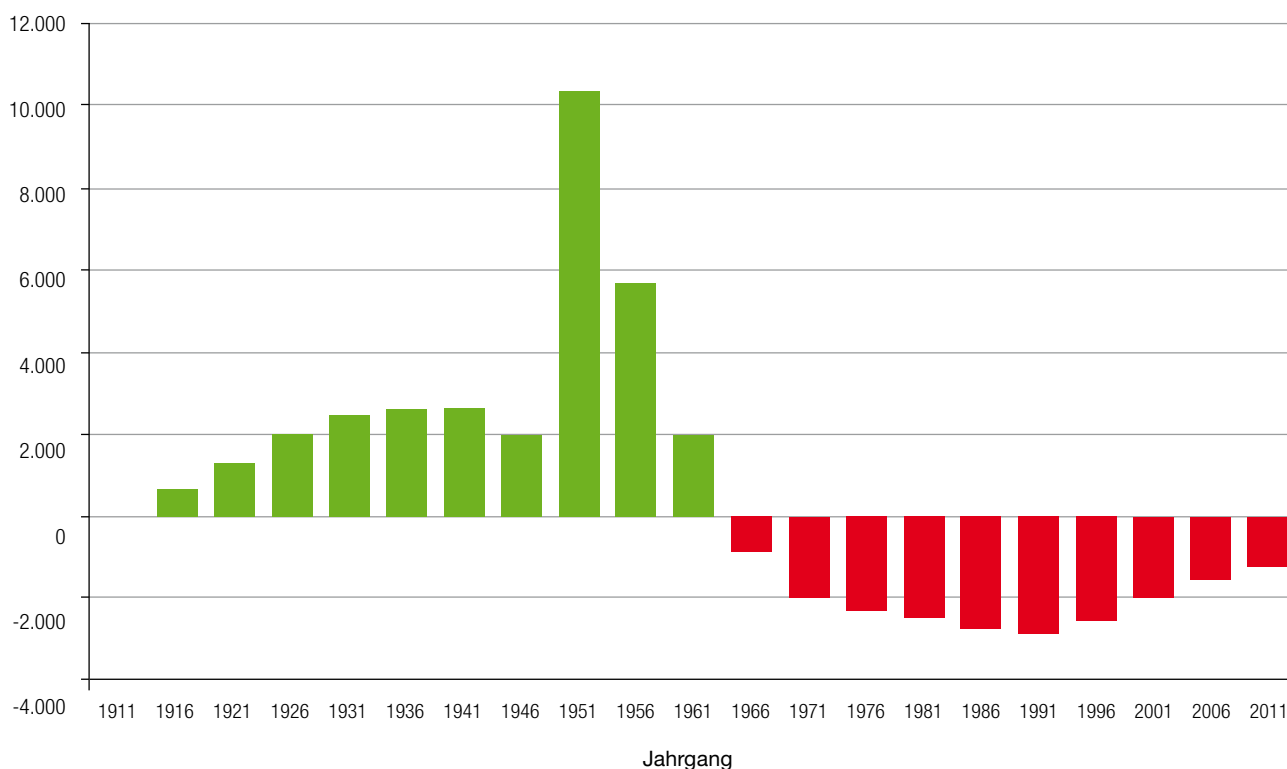
Keine Bundestagswahl, abgesehen von Willy Brandts Rentenerhöhung um 14,4 Prozent im Wahljahr 1972, ist in solchem Ausmaß als vorgezogenes Weihnachtsfest zelebriert worden wie diejenige des Jahres 2013 – mit Erfolg an den Urnen. Wenn älteren Zielgruppen zusätzliche Rentenleistungen versprochen, deren langfristige Finanzierung und Folgen aber nicht diskutiert werden, ist klar: Vermeintliches „Freibier für alle“ wird gerne angenommen. Die Union gewann auch mit der Mütterrente 3,5 Millionen Zweitstimmen hinzu, die SPD machte mit der „Rente mit 63“ ihren Frieden mit den Gewerkschaften.

2014 setzte die Große Koalition ihre Wahlversprechen mit einem Rentenpaket um, dessen damals errechnete langfristige Kosten sich auf 285 Milliarden Euro belaufen. Noch sind die jährlichen Belastungen wegen der guten Konjunktur und

des eigentlich nicht korrekten Rückgriffs auf Reserven der Rentenkasse für alle unter 50 wenig spürbar. Die generöse Seite zeitinkonsistenter, zukunftsvergessener Politik – Nutzen sofort, Kosten später – machte sich dagegen schnell bemerkbar: Insbesondere bei den in den späten 1940er und 1950er Jahren Geborenen, von denen auch weit mehr als erwartet nach 45 Beitragsjahren (nicht zwangsläufig Arbeitsjahren) die „Rente mit 63“ annahmen. Kaum die vielzitierten Dachdecker „mit Rücken“, vielmehr erfreute das Geschenk hochqualifizierte, gut verdienende und in ihren Betrieben schwer entbehrliche Facharbeiter vorwiegend männlichen Geschlechts. Zur Bekämpfung von „Altersarmut“ taugt dies jedenfalls noch weniger als die Ausweitung der Mütterrente mit der Gießkanne. Lediglich die Verbesserung von Erwerbsminderungsrenten und des Reha-Budgets mag man als Teile des Rentenpakets 2014 für sinnvoll erachten.

Intergenerative Verteilungswirkungen des Rentenpakets 2014 mit Berücksichtigung der zukünftigen Beitragssatzentwicklung (in Euro) – wer zu spät geboren wird, den bestraft die Politik

Quelle: Moog, Stefan und Bernd Raffelhüschen (2014), Alte Gewinner und junge Verlierer: Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2014, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 127, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.



Die Renten“reform“ 2018: Baby-Boomer gewinnen, alle unter 45 verlieren

Für das Anfang November 2018 vom Deutschen Bundestag beschlossene zweite „GroKo-Rentenpaket“ und seine zwangsläufigen Folgen gilt wie für das Rentenpaket 2014: Es geht auf Kosten der Jüngeren. Die Umverteilung von Jung zu Alt wird auf eine neue Spitze getrieben. Die Lasten, die durch zwei dauerhafte „Haltelinien“ (keine Erhöhung des Rentenbeitrags, Festschreiben des Rentenniveaus von 48 Prozent des Durchschnittsverdienstes) entstehen, tragen vor allem alle unter 45 – und in ganz besonderem Maße diejenigen, die heute zwischen 20 und 35 Jahre alt sind. Derzeit 25-Jährige z.B. müssen im weiteren Lebensverlauf durchschnittlich mit einer steuerlichen Zusatzbelastung von ca. 42.000 Euro rechnen, um die dauerhafte Einlösung der zuletzt gewährten neuen Garantien sicherzustellen. Dies entspricht einer lebenslänglich wirkenden Steuererhöhung von rund 10 Prozent.

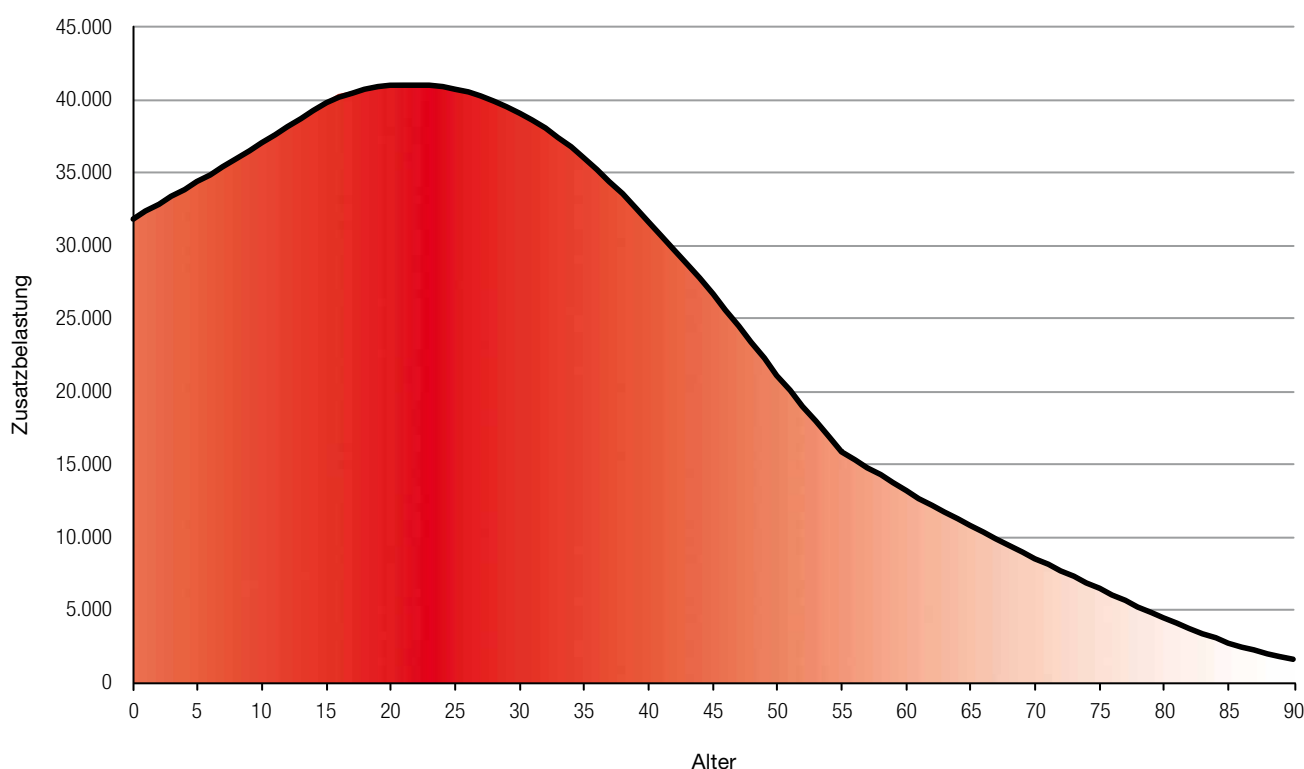
Da eine kostensenkende Erhöhung des Renteneintrittsalters von der Bundesregierung ausgeschlossen wurde und mehr

Beitragsaufkommen eben wegen der Haltelinie nicht möglich ist, bleibt nur die zusätzliche Steuerfinanzierung. Für die unten dargestellten Berechnungen wurden beide Haltelinien aus purem Realismus als dauerhaft gesetzt betrachtet (also über das formal beschlossene „Heillimit“ 2025 oder die bereits öffentlich anvisierte „Scholzgrenze“ 2040 hinausgedacht). Ein Bundeskanzler des Jahres 2025 oder 2040 wird sich über die in der Ära Merkel/Nahles ohne Not verursachten Rentenprobleme schon genug ärgern – und wenig Neigung haben, den dann Steuer- und Beitragszahlenden nahezubringen, dass sie zwar weiter zusätzlich einzahlen müssten, ab 2026 oder 2041 aber selbst ein niedrigeres Rentenzugangsniveau und/oder Rentenwachstum zu erwarten hätten.

Eine Rückkehr zur bewährten Rentenformel bleibt anzustreben. Zweifel an der so wichtigen Verlässlichkeit sind aber angebracht, da die Regierenden heute nicht einmal eine einzige Wahlperiode lang die Füße stillhalten können.

Zusatzbelastung durch Finanzierung der doppelten Haltelinie über Steuererhöhungen im weiteren Lebensverlauf nach Alter (in Euro)

Quelle: Berechnungen des Forschungszentrum Generationenverträge, Universität Freiburg.



Wohlstandszuwachs: Die Jüngeren werden abgehängt

Nicht allen Rentnern geht es gut. Und es gibt Altersarmut, die zunehmend und langfristig auch eine Größenordnung wie in anderen Altersgruppen erreichen dürfte. Dies gilt es, gezielter anzugehen – aber aktuell auch, die Kirche im Dorf bzw. die Fakten sprechen zu lassen: Noch nie ist es in Deutschland einer Rentnergeneration besser gegangen als denen, die heute ihren verdienten Ruhestand genießen. Der Anteil der Bezieher von Grundsicherungsleistungen ist bei den 65-Jährigen deutlich geringer als bei Jüngeren. Bedürftigkeit im Alter ist alles andere als ein Massenphänomen – Interessenvertreter, die anderes behaupten, beziehen sich gern ausschließlich auf Bezüge aus der staatlichen Rentenversicherung, lassen aber andere Einkünfte, ein mögliches Eigenheim oder die familiären Konstellationen außer Acht.

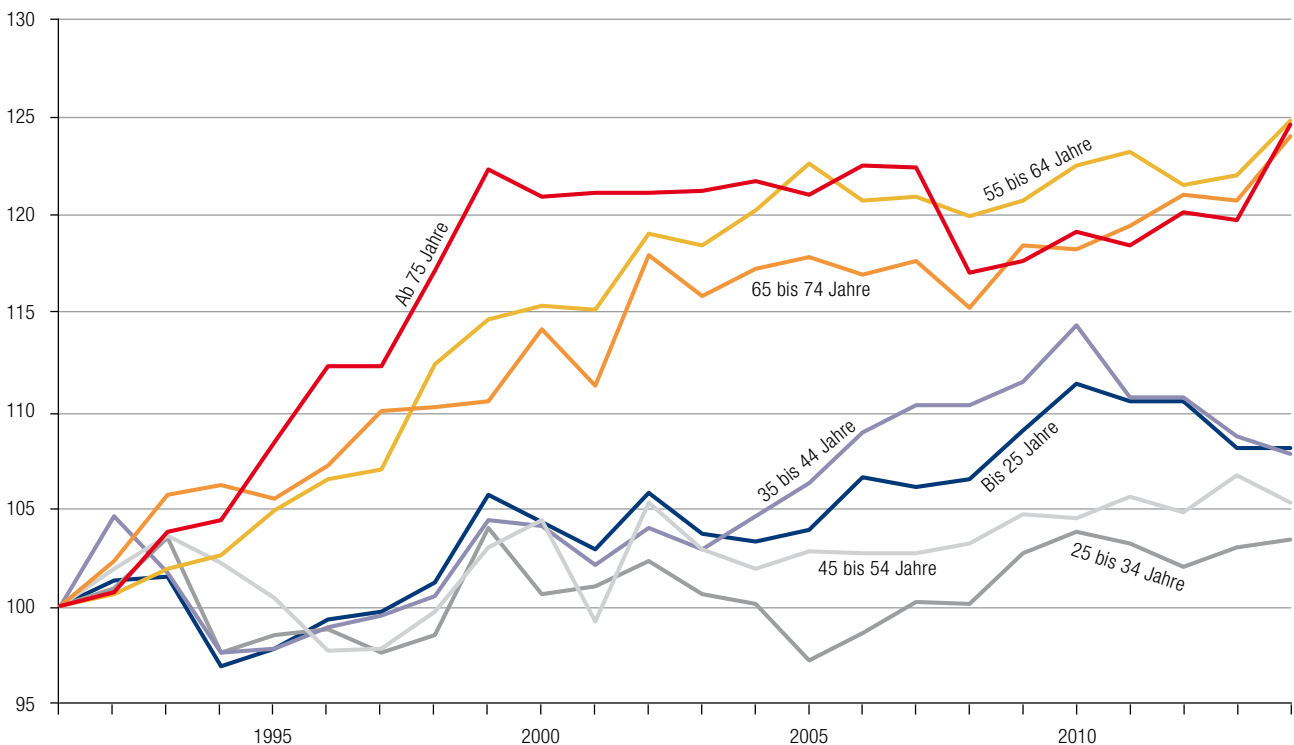
Bei der Deutschen Rentenversicherung kamen die Rentner in den letzten Jahren auf Zuwachsraten weit über

dem Niveau der Inflation: 2016 stiegen die Renten Ost/West um 5,95 bzw. 4,25 Prozent, 2017 um 3,59 bzw. 1,9 Prozent, 2018 um 3,37 respektive 3,22 Prozent. Diese orientierten sich an den Lohnzuwächsen und stellten keine Sondergratifikation dar. Die starken Rentenerhöhungen unterstrichen bzw. verstärkten aber gleichwohl die Schlussfolgerungen aus einer länger angelegten Vergleichsstudie: Zwischen 1991 und 2014 stiegen die durchschnittlichen bedarfsgewichteten Nettoeinkommen der über 55-Jährigen um 25 Prozent. Keine Altersgruppe darunter erreichte mehr als 8 Prozent Zuwachs, die 25- bis 35-Jährigen kommen auf ein Plus von rund 3 Prozent: Wer hat, dem wird von Großen Koalitionen mit der Gießkanne gegeben. Der warme Regen der Rentenpakete trifft wenig zielgenau, kommt aber an. Die Jüngeren werden dabei noch weiter abgehängt und nun in Einzelfällen mit dem Baukindergeld getröstet.

Realeinkommensentwicklung nach Altersgruppen

Durchschnittliche bedarfsgewichtete Nettoeinkommen* innerhalb einer Altersgruppe in Preisen des Jahres 2014, Index 1991 = 100

Quelle: Kochskämper, Susanna und Judith Niehues (2017), Entwicklung der Lebensverhältnisse im Alter, IW-Trends, Heft 1/2017.



* Das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen (Äquivalenzeinkommen) berücksichtigt Einspareffekte durch gemeinsames Wirtschaften und rechnet alle Einkommen auf den Bedarf eines Alleinstehenden um.

U 35: Besser raus aus Deutschland?

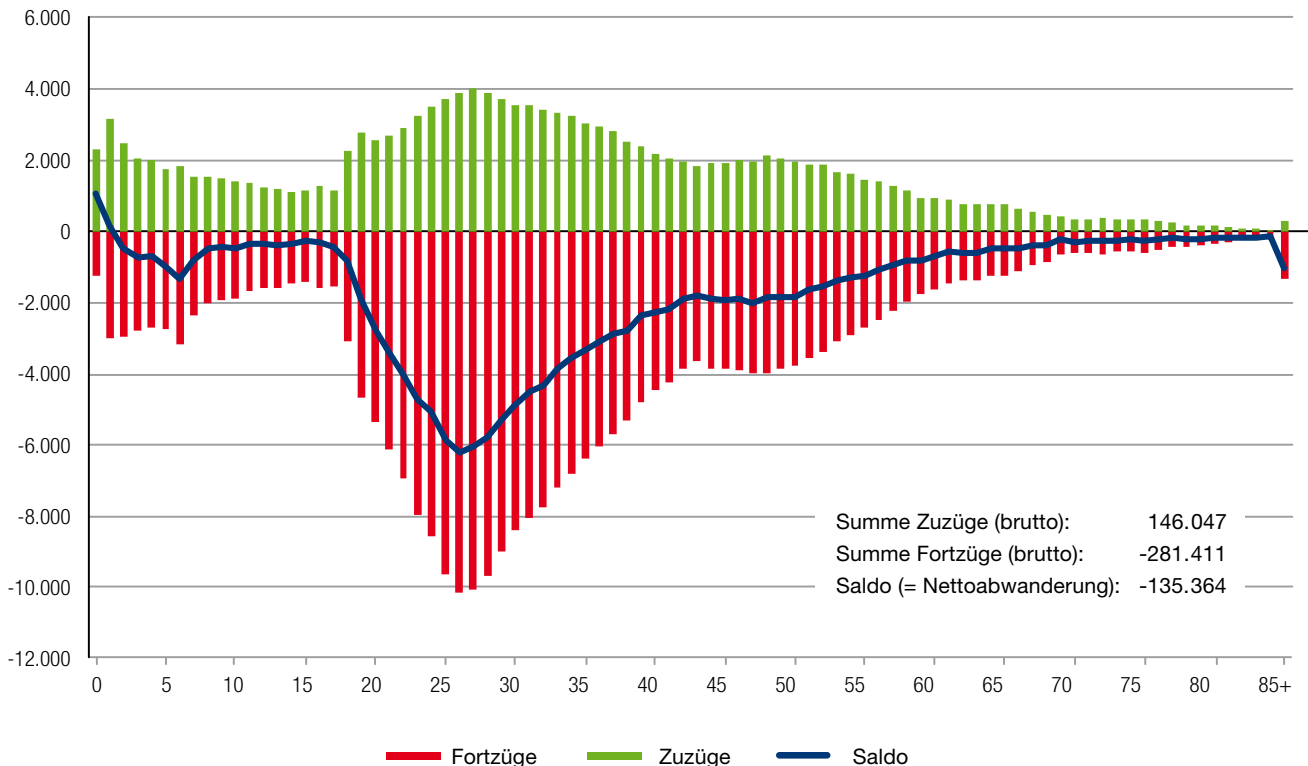
Natürlich sollten junge Menschen am besten ihre Fähigkeiten und Ziele in dem Land verwirklichen, dem sie eine gute Ausbildung verdanken und das ihre Arbeitskraft unbedingt braucht. Vor allem benötigt es ihre Steuerzahlungen und Sozialbeitragsleistungen, und genau darin liegt ein Problem: Wenn jüngere Menschen zu dem Schluss kommen, sie müssten höhere Steuern und Sozialbeiträge zahlen als ihre Eltern und Großeltern, hätten aber dafür geringere Leistungen zu erwarten, könnte die Versuchung steigen, lieber im Ausland Chancen wahrnehmen zu wollen. Wenn dann noch hinzu kommt, dass in ihrer Altersgruppe die Einkommenszuwächse seit 1991 am geringsten ausfielen bzw. praktisch nicht stattfanden, der Wohnungsmarkt für Familiengründende besonders schwierig ist und neue Ideen und Tatkraft hierzulande zu oft auf Muff, Bräsigkeit und Bürokratie treffen, liegt eine Exitstrategie vor allem bei Hochqualifizierten, die in anderen Ländern mit offenen Armen empfangen werden, leider nahe.

Jenseits der viel diskutierten Frage der Zuwanderung ausländischer Staatsbürger ist ein Migrationsphänomen in Deutschland bislang weitgehend unbeachtet geblieben: Betrachtet man ausschließlich die Wanderungsbewegungen deutscher Staatsbürger, ist der Saldo schon seit 2005 durchgehend negativ. Jahr für Jahr zogen mehr Inhaber deutscher Pässe ins Ausland als (zurück-)kamen. Im dargestellten Beispieljahr 2016 kam es quantitativ zu einer sprunghaften Zunahme, die auch Ergebnis methodischer Änderungen der Statistik ist. Die Aufschlüsselung nach Altersgruppen zeigt gleichwohl ein für die letzten Jahre nicht untypisches Bild: Das inzwischen starke Übergewicht deutscher Emigration zu deutscher Immigration beruht, anders als vielfach angenommen, nicht auf Ruhesitzmigration. Im deutschen Winter frierende Rentner, die es in den Süden zieht, fallen statistisch kaum ins Gewicht, dagegen dominiert die Abwanderung im Alter zwischen 20 und 35. Das ist kein gutes Signal!

Migration deutscher Staatsbürger, 2016, nach Alter

Zuzüge, Fortzüge, Saldo im jeweiligen Alter

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Statistisches Bundesamt.



Zehn Punkte für die Zukunft

Einige der beschriebenen Entwicklungen laufen seit Jahrzehnten, einige Verhaltensmuster scheinen eingefahren. Mancher Trend ist unglücklich, in seinen Auswirkungen indes noch nicht dramatisch. Gleichwohl ist das Ergebnis absehbar, ob es nun früher oder etwas später kommt: Ein alterndes Land, das sich in konjunkturell guten Zeiten auf ständig neue strukturelle Mehrausgaben im konsumtiven Bereich festlegt und in mehrfacher Hinsicht Investitionen in die Zukunft vernachlässigt, hat keine gute Perspektive. Es ist höchste Zeit, besser zu handeln – die Erfordernisse liegen auf der Hand. Zehn Vorschläge zum Thema für eine gute Zukunft aller in diesem Land:

1. Jüngere verschlechtern ihre eigenen Zukunftsaussichten nicht weiter durch eigene Abwesenheit an Wahltagen und bringen in Parteien und Jugendorganisationen das Thema Generationengerechtigkeit noch häufiger zur Sprache.
2. Die Generationen sprechen mehr miteinander – die heutigen Rentner, die eine angemessene Rente für ihre Lebensleistung verdient haben, sind schließlich keine Egomane, sondern auch Eltern und Großeltern, denen die Zukunft der Nachkommen nicht egal ist.
3. Die Parteien überbieten sich nicht mehr dabei, das Blaue von einem für Jüngere dann düsteren Himmel zu versprechen und so immer weitere Emigrationsanreize für U 35 zu setzen. Das Ködern älterer Wähler funktioniert ohnehin nicht wiederholt und so einfach wie 2013, was die Bundestagswahl 2017 oder zuletzt die Landtagswahl in Bayern verdeutlichen.
4. Wo Korrekturbedarf besteht, sollte zielgenauer gehandelt werden, statt es wie bei den teuersten Elementen der Rentenpakete 2014 und 2018 mit der Gießkanne warm regnen zu lassen.
5. Die auch im Sinne der angestrebten Bekämpfung vermeintlich verbreiteter Altersarmut weitgehend sinnfreie Umverteilung von der Zukunft in eine ohnehin schon angenehme Gegenwart ist zu beenden.
6. In der Arbeit der von der Großen Koalition eingesetzten Rentenkommission werden Nachhaltigkeits- und Zukunftsüberlegungen stärker gewichtet und den dort versammelten Experten Freiraum für neue Lösungen gelassen, statt sie frühzeitig auf neue Rentengeschenke festzulegen.
7. Generationengerechtigkeit sollte vor dem Koalitionsvertrag stehen und das Renteneintrittsalter regelmäßig an die steigende Lebenserwartung angepasst werden wie z.B. in Schweden, Norwegen und Dänemark.
8. Konsumtive Ausgaben und ein in guten Zeiten wachsender Anteil von Sozialausgaben am Bundeshaushalt sind wenig geeignet, Wachstum zu fördern, neue Chancen zu eröffnen und künftigen Wohlstand zu sichern. Auf allen föderalen Ebenen sollten Investitionen in Bildung, Innovation, analoge und digitale Infrastruktur Vorrang haben.
9. Alle Gesetzesvorlagen mit Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und öffentlichen Haushalte sind über die aktuellen Haushaltsplanungen hinaus nach jeweils aktueller Absehbarkeit mit transparentem Ausweis der dadurch entstehenden dauerhaften Belastungen/impliziten Verbindlichkeiten zu begleiten.
10. Angesichts der demographischen Entwicklung wird die staatliche Rente allein nicht zur Lebensstandardsicherung im Alter ausreichen. Daher ist ein weiterer Ausbau der kapitalgedeckten betrieblichen und privaten Altersvorsorge unerlässlich. Die Politik sollte die Eigenverantwortung der Menschen stärken und ihnen die dafür notwendigen (finanziellen) Freiräume eröffnen.



Ausführlichere Informationen und Quellen zum Thema einschließlich einer Längsschnittbetrachtung „Rente und Wahlen“ enthält die Schrift „Demographie als Herausforderung für die Demokratie“. Ihr ist, soweit nicht gesondert hier zitiert, der Großteil der genannten Zahlen entnommen. Die Publikation ist kostenlos als Download unter www.stiftung-marktwirtschaft.de erhältlich.



Auf den Punkt: Rente & Demographie, Michael Eilfort, ISSN: 2627-4507

© 2019, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 206057-0, Telefax: +49 (0)30 206057-57, www.stiftung-marktwirtschaft.de

Titelfotos: © Maskot/Fotolia + Montage, © biker3/Fotolia + Montage.